

Regionale Schwerpunkte im Wohn- und Nichtwohnbau in Baden-Württemberg

Vorbemerkung

Einer der stärksten Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg kam aus der Bauwirtschaft, und hier insbesondere vom Hochbau. Die ungeheure Wohnungsnot in allen Teilen des Landes zwang zu sofortigen Maßnahmen, um diesen Notstand zu beseitigen. Eine durchgreifende Wirkung war jedoch erst zu verspüren, als die Fördermaßnahmen des sozialen Wohnungsbaus diesem Teil des Hochbaus zum Aufschwung verhelfen. Parallel dazu verlief die Entwicklung des Nichtwohnbaus, also der Schaffung neuer Arbeitsstätten, Verwaltungs- und Bürogebäude, landwirtschaftlicher Betriebsgebäude sowie Schulen und Kirchen. Die Nachfrage war über viele Jahre hinweg so groß, daß selbst erhebliche Kapazitätsausweitungen im Baugewerbe zu keiner Beruhigung auf dem Baumarkt führten. Die Entwicklung war allerdings uneinheitlich; während in manchen Gebieten bereits schon seit längerer Zeit eine Beruhigung festgestellt werden kann, sind in den sogenannten Ballungsgebieten bis heute noch keine Anzeichen für eine spürbare rückläufige Entwicklung der Bautätigkeit zu erkennen. So stellt sich die Frage, wo und in welchem Umfang die regionalen Schwerpunkte im Hochbau liegen.

Um zeitlich engbegrenzte Zufallsentwicklungen in ihrer Wirkung abzuschwächen, wurden der Betrachtung die Ergebnisse der *Baufertigstellungstatistik* der fünf Jahre 1960 bis 1964 zugrunde gelegt, wobei als einzig möglicher Vergleichsmaßstab für die Leistungen des Wohn- und des Nichtwohnbaus nur die Größe des umbauten Raums in cbm genommen werden kann. Als regionale Einheit wurde der Kreis gewählt. Zweifellos ergeben sich innerhalb der Kreise gerade beim Wohnungsbau erhebliche Streuungen, aber Untersuchungen auf Gemeindeebene würden den Rahmen dieses Beitrags sprengen und die Übersichtlichkeit hinsichtlich der Problemstellung gefährden. Statt dessen wird zur Ergänzung noch auf die Entwicklung in den einzelnen Gemeindegrößenklassen eingegangen.

Zwei ausgeprägte Schwerpunkte

Schaubild 1 zeigt den Rohzugang an Wohn- und Nichtwohngebäuden, gemessen nach dem umbauten Raum, in den Jahren 1960 bis 1964. Deutlich heben sich zwei Schwerpunkte ab: der Raum um Stuttgart im weiteren Sinne und der Raum in der Rheinebene zwischen Karlsruhe und Mannheim. Werden dem *Stuttgarter Raum* im engeren Sinne – also Stuttgart und die Landkreise Böblingen, Esslingen, Waiblingen, Ludwigsburg und Leonberg – die Kreise Heilbronn, Stadt und Land sowie der Landkreis Göppingen zugerechnet, so beinhalten diese neun der 72 Kreise Baden-Württembergs ein Viertel (25,5%) des gesamten Fertigstellungspotentials des Landes. Die sieben Kreise zwischen *Karlsruhe und Mannheim* – die Stadt Heidelberg kann hier sowenig ausgeklammert werden wie die Stadt Heilbronn beim *Stuttgarter Raum*, obwohl auch ihr Fertigstellungsvolumen nur dem eines mittleren Landkreises entspricht – umfassen 16,4% der Gesamtleistung, so daß auf die beiden Ballungsgebiete zusammen mehr als zwei Fünftel (41,9%) des gesamten Rohzugangs an Wohn- und Nichtwohngebäuden entfallen. Außer diesen Gebieten heben sich noch weitere zehn Kreise von den übrigen ab. In Anlehnung an den *Stuttgarter Raum* ist der *Kreis Nürtingen* zu nennen, der aber nicht dem *Stuttgarter Raum* zugeordnet wurde, weil er in seinem südlichen Teil mit Reutlingen und nur mit seinem nördlichen Teil mit dem *Stuttgarter Raum* verbunden ist. Somit können die drei Kreise Tübingen, Reutlingen und Nürtingen als kleinerer Schwerpunkt oder aber als südliche Abrundung des *Stuttgarter Raums* im weitesten Sinne bezeichnet werden. Im Osten Nordwürttembergs nimmt der *Kreis Aalen* eine besondere Stellung ein, da er im Kochertal eine Reihe von Gemeinden mit außergewöhnlicher Entwicklung besitzt. Im Rheintal schließt sich an das bereits genannte Ballungsgebiet Karlsruhe-Mannheim im Süden der *Kreis Rastatt* an, der besonders infolge seines hohen Indu-

strialisierungsgrads hervortritt. Zwischen Böblingen und Rastatt liegt der *Landkreis Calw*, dessen Gemeinden im Westteil für die badischen Kreise, im Ostteil für das württembergische Ballungsgebiet als Wohngemeinden der Beschäftigten angesprochen werden können. Die drei Kreise Rastatt, Tübingen und Reutlingen, die sich an die nördlichen Regierungsbezirke anschließen, besitzen zweifellos ihre eigenen Zentren, dürften aber eine erhöhte Bedeutung nur durch ihre enge Verflechtung mit den nördlichen Gebieten erhalten haben, während Calw von seiner Lage zwischen den begünstigten Gebieten profitiert. Somit bilden diese Kreise, von der Gesamtentwicklung im Hochbau aus gesehen, den Abschluß der beiden nördlichen Ballungsgebiete im Süden. Von allen übrigen Kreisen der Regierungsbezirke Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern heben sich nur noch vier Kreise ab, und zwar die Stadt *Freiburg im Breisgau*, deren Entwicklung in erster Linie durch das Verwaltungszentrum und die Universität bestimmt wird, der *Landkreis Konstanz* mit der Stadt Konstanz als wichtigem zentralem Ort am Bodensee, und die Kreise *Biberach und Ravensburg*, in deren Grenzen sich ein Hauptteil der oberschwäbischen industriellen Entwicklung vollzieht.

Zu dieser rein optischen Schaubildbetrachtung ist noch zu ergänzen, daß diese Art der Darstellung durch die der Untersuchung zugrunde gelegten Schwellenwerte beeinflusst wird. Kreise, die mit ihren Zahlenwerten sehr nahe an einem oberen Schwellenwert liegen, also gegenüber anderen Kreisen benachteiligt erscheinen, sind zum Beispiel die Landkreise Heidenheim, Konstanz, Lörrach, Offenburg und Rottweil. Ferner ist zu beachten, daß die Schichtung nach absoluten Größenverhältnissen durchgeführt wurde, ohne Berücksichtigung der Kreisgröße nach Fläche und Wohnbevölkerung als Bezugswert. Dies wirkt sich vor allem bei dem Landkreis Tettngang aus. Bei näherer Kenntnis der regionalen Streuung innerhalb der Kreise zeigt sich außerdem das nivellierende Moment der Kreisergebnisse insbesondere bei den Kreisen Backnang, Waiblingen und Böblingen. So würde zum Beispiel das Ergebnis im Westteil des Landkreises Backnang in der Umgebung der Großen Kreisstadt Backnang zweifellos den Verhältnissen der angrenzenden Kreise Ludwigsburg und Waiblingen entsprechen. Umgekehrt dürfte sich der Nordostzipfel des Landkreises Waiblingen den sich anschließenden Teilen der Landkreise Backnang und Schwäbisch Gmünd anpassen. Ebenso wirkt sich im Kreis Böblingen das Gesamtergebnis der Bautätigkeit auf den Südwestteil des Kreises zu günstig aus. Mit anderen Worten: Bei einer Abgrenzung der Ballungsräume nach Gemeindeergebnissen würde insbesondere bei dem Ballungszentrum Stuttgart eine Abrundung stärker in Erscheinung treten.

Konzentration bei Wohn- und Nichtwohngebäuden etwa gleich hoch

In den *Schaubildern 2 und 3* wird der Bauerfolg in den Jahren 1960 bis 1964 bei *Nichtwohngebäuden* und bei *Wohngebäuden* dargestellt. Gemessen am umbauten Raum verhalten sich die Größenordnungen zwischen Nichtwohngebäuden und Wohngebäuden im Landesergebnis wie 2 : 3. Aus Gründen einer vergleichbaren Darstellung mußten die Ausgangswerte im Gegensatz zu *Schaubild 1* halbiert werden, wodurch das Übergewicht des Baus von Wohngebäuden in *Schaubild 3* stärker zum Ausdruck kommt. Eine voneinander abweichende Konzentration beim Rohzugang von Nichtwohngebäuden oder von Wohngebäuden kann jedoch aus dieser Darstellung nicht abgeleitet werden.

Wird für die Beurteilung des Rohzugangs von Nichtwohngebäuden (*Schaubild 2*) die in *Schaubild 1* erkannte Bildung von Schwerpunkten ihrem Umfang nach beibehalten, so ergibt sich für den Raum Stuttgart ein Anteil von 24,7% (*Schaubild 1*: 25,5%) für den Ballungsraum Karlsruhe-Mannheim ein solcher von 16,5% (16,4%) am gesamten Rohzugang. Beim Rohzugang von Wohngebäuden (*Schaubild 3*) liegt

Schaubild 1

Rohzugang an Wohn- und Nichtwohngebäuden
umbauter Raum in 1000 cbm 1960 bis 1964

Umbauter Raum (1000 cbm)

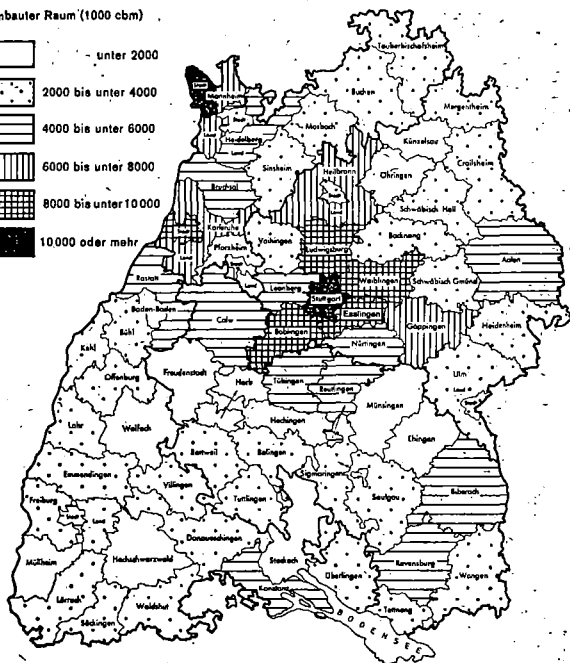
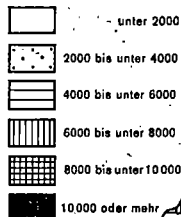


Schaubild 2

Rohzugang an Nichtwohngebäuden
umbauter Raum in 1000 cbm 1960 bis 1964

Umbauter Raum (1000 cbm)

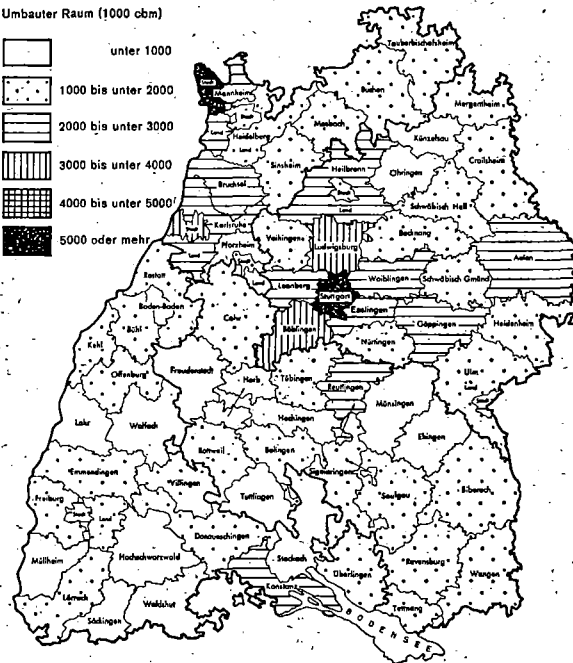
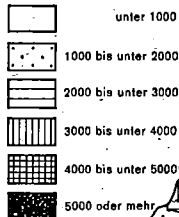


Schaubild 3

Rohzugang an Wohngebäuden
umbauter Raum in 1000 cbm 1960 bis 1964

Umbauter Raum (1000 cbm)

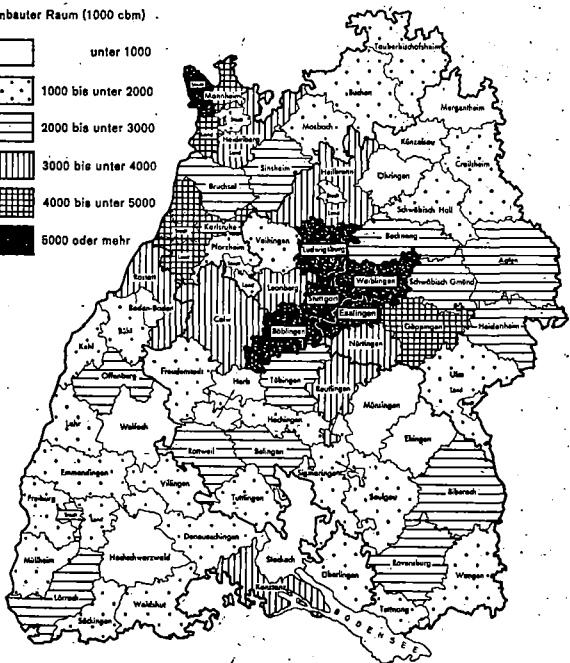
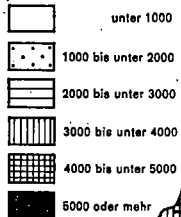
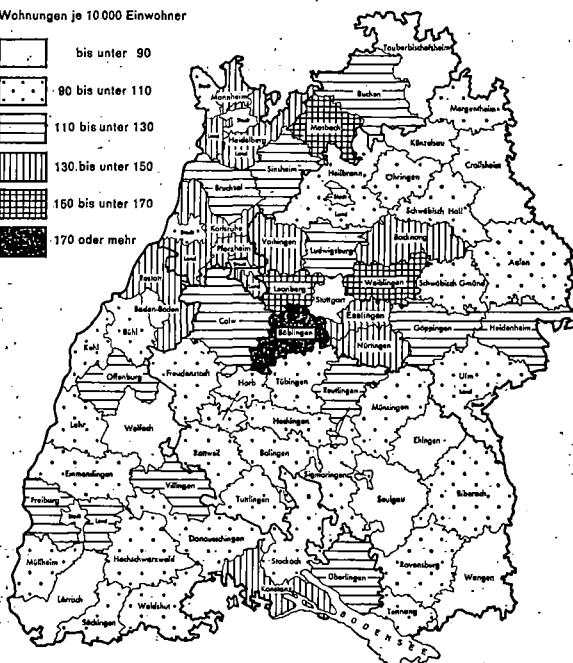
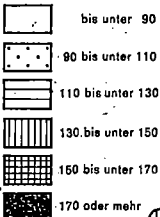


Schaubild 4

Rohzugang an Wohnungen
je 10 000 Einwohner im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1964

Wohnungen je 10 000 Einwohner



der Anteil des Raumes Stuttgart bei 26,0 %, der des Ballungsraumes Karlsruhe-Mannheim bei 16,3 %. Im Raum Stuttgart zeigt sich somit für den Wohnbau eine etwas stärkere Konzentration, während im Raum zwischen Karlsruhe und Mannheim die Konzentration im Nichtwohnbau, allerdings nur in ganz geringfügigem Maß, überwiegt.

Aus den Schaubildern ist allerdings nicht zu erkennen, wo und in welchem Maße das *Verhältnis von Nichtwohngebäuden zu Wohngebäuden* vom Landesverhältnis abweicht. In 13 Kreisen Baden-Württembergs lag das Übergewicht im Hochbau bei der Erstellung von Nichtwohngebäuden, und zwar im jeweiligen „Kern“ der Ballungsgebiete, also in den Stadtkreisen Stuttgart und Mannheim; ferner in den Städten Ulm und Heidelberg. Unter den Landkreisen sind es die Kreise Buchen, Tauberbischofsheim, Künzelsau, Mergentheim, Schwäbisch Hall und Crailsheim, die in sich ein zusammenhängendes Gebiet bilden. Es handelt sich bei diesen weniger um Schwerpunkte des Nichtwohnbaues als vielmehr um Gebiete mit geringerer Wohnbautätigkeit. In den südlichen Regierungsbezirken überwiegt das Volumen der Nichtwohngebäude in den Kreisen Kehl, Saulgau und Wangen. Da bei den Nichtwohngebäuden eine Gliederung nach Gebäudearten auf Kreisebene nicht vorliegt; kann nichts darüber ausgesagt werden, ob industrielle, Verwaltungs- oder landwirtschaftliche Gebäude für eine entsprechende Einstufung den Ausschlag gegeben haben. Ein erhebliches Volumen an Nichtwohngebäuden weisen außerhalb der beiden Ballungsgebiete auch die Städte Ulm und Freiburg im Breisgau sowie die Landkreise Aalen, Konstanz und Reutlingen auf.

Mit dem Überwiegen der Wohngebäude in der gesamten Bautätigkeit verdichten sich die Schwerpunkte optisch im *Schaubild 3*. Insbesondere treten alle die Kreise stärker hervor, die früher als benachteiligte Kreise infolge der Schwellenwertbildung genannt wurden. Ein Drittel aller Kreise ist höherwertig eingestuft, mit Ausnahme des Landkreises Mergentheim. Hier wirkt sich der Nichtwohnbau schwerpunktmäßig besonders stark aus (Sanatorien, Krankenhäuser und dergleichen).

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Die gesamte Bauleistung im Hochbau verteilt sich über das Land in sehr weiten Abstufungen. Eindeutige Schwerpunkte sind dort festzustellen, wo sich bereits seit Jahrhunderten, in der Regel entlang den Tälern, durch eine günstige Verkehrslage bereits Schwerpunkte gebildet hatten. So erscheint entlang des Neckartals, verstärkt durch das Filstal und Remstal der Ballungsraum Stuttgart, in der Rheinebene ist es der bereits genannte Ballungsraum Karlsruhe-Mannheim. Eine Verbindung zwischen den beiden Räumen bahnt sich im Norden im Landkreis Sinsheim und im Süden im Landkreis Calw an. Im Nichtwohnbau heben sich außer den genannten Räumen noch Aalen, Ulm-Stadt, Reutlingen, Konstanz und Freiburg im Breisgau von ihrer Umgebung ab. Wie stark vor allem der Wohnbau das Geschehen auf dem Hochbausektor beeinflusst, wird durch das *Schaubild 3* deutlich.

Die Schwerpunkte im Wohnungsbau in Relation zur Wohnbevölkerung

Setzt man den *Rohzugang an Wohnungen* in Beziehung zur *Wohnbevölkerung*, so ergibt sich die im *Schaubild 4* dargestellte Kreisübersicht. Hier tritt die überraschende Tatsache zutage, daß die Kerngebiete der Ballungsräume sowie die übrigen Großstädte und Stadtkreise nur eine Bauleistung aufweisen, die etwa der Bauleistung ländlicher Gegenden entspricht. So sind je 10 000 Einwohner in Stuttgart, Heidelberg oder Ulm nicht mehr Wohnungen zugegangen als etwa im Landkreis Künzelsau; in Freiburg im Breisgau und in Baden-Baden liegen die Verhältnisse nicht viel besser; auch Karlsruhe und Mannheim erreichen den Landesdurchschnitt nicht; lediglich Heilbronn und Pforzheim überschreiten den Landesdurchschnitt der Jahre 1960 bis 1964 von 112 Wohnungen im Jahr auf 10 000 Einwohner geringfügig. Die Gründe sind zweifellos in der Raum- und Baulandnot der betreffenden Gebiete zu suchen. Es scheint einfach nicht mehr möglich zu sein,

in den Kerngebieten der Ballungsräume mit der durchschnittlichen Entwicklung im Wohnungsbau Schritt zu halten. Diese Abhängigkeit zwischen Bevölkerungsdichte und Wohnungszugang zeigt sich auch in den Landkreisen der Ballungsräume. So weisen zum Beispiel die Landkreise Esslingen, Ludwigsburg, in abgeschwächter Form auch Mannheim eine verhältnismäßig schwache Bautätigkeit auf, weil sie eine hohe Bevölkerungsdichte haben, während in den Kreisen Böblingen, Leonberg und Mosbach einer hohen Bauleistung eine niedrige Bevölkerungsdichte gegenübersteht.

Eine Entlastung der Stadt Freiburg im Breisgau zeigt sich deutlich beim Landkreis Freiburg. Auch der Landkreis Vaihingen scheint zum Entlastungsgebiet für die umliegenden Kreise zu werden. Ebenfalls treten die Kreise Buchen, Villingen und Überlingen stärker hervor.

Kleinere Gemeinden entwickeln sich stärker

Infolge der unterschiedlichen Entwicklung der Gemeinden innerhalb eines Kreises ist, wie bereits erwähnt, der Aussagewert des für den Kreis insgesamt festgestellten Baufertigungspotentials stets nur bedingt aussagekräftig. Entweder bestimmt eine dominierende Gemeinde Stand und Entwicklung des Kreisergebnisses, oder eine bestimmte Region des Kreisgebiets übt einen besonderen Einfluß aus. Auf jeden Fall wird das Kreisergebnis von der unterschiedlichen Zusammensetzung der Gemeinden nach Größe und wirtschaftlicher Entwicklung sehr stark beeinflusst und verschiebt sich je nach dieser Zusammensetzung, soweit in den verschiedenen Größenklassen eine unterschiedliche Entwicklung vorliegt. Die *Tabelle* zeigt, daß insbesondere in den drei untersten Stufen der *Gemeindegrößenklassen*, in den Gemeinden bis unter 20 000 Einwohnern, die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in den Jahren 1960 bis 1964 ständig gestiegen ist. Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern fallen nach einer Zunahme bis 1962 seitdem ab. Die Linie in den beiden nächsten Stufen ist nicht einheitlich: in Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern ist eine unterbrochene Aufwärtsentwicklung, bei den Großstädten mit weniger als 500 000 Einwohnern eine unterbrochene rückläufige Entwicklung festzustellen. In der Größenklasse mit mehr als 500 000 Einwohnern (Stuttgart) hat die Zahl der fertiggestellten Wohnungen während des Vergleichszeitraums ständig abgenommen. Wird diese Entwicklung in Beziehung gesetzt zu den Bevölkerungsanteilen der einzelnen Gemeindegrößenklassen, so ergibt sich zum Beispiel in Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern bei einem Bevölkerungsanteil von rund 63 % eine Beteiligung an den Baufertigstellungen im Wohnungsbau im Jahr 1960 von 63,3 %, im Jahr 1964 von 70,9 % und im Mittel der fünf Jahre 1960 bis 1964 von rund 68 %. Bei den Großstädten, in denen rund 18,5 % der Wohnbevölkerung leben, betrug die Quote der Fertigstellungen 1960 noch 17,6 %, 1964 jedoch nur noch 11,9 %, im Mittel der Berichtsjahre rund 14,5 %. Es scheint sich also bei kleineren und mittleren Gemeinden eine Tendenz zur überdurchschnittlichen Beteiligung am Wohnungsbau, bei Großstädten die entgegengesetzte Entwicklung herauszubilden.

Aus dieser Beurteilung des absoluten Rohzugangs im Hochbau sowie des auf die Bevölkerung bezogenen Zugangs an Wohnungen in den Jahren 1960 bis 1964 stellt sich die Frage,

Rohzugang an Wohnungen nach Gemeindegrößenklassen 1960 bis 1964

Gemeinden mit ... Einwohnern	Rohzugang an Wohnungen					
	1960	1961	1962	1963	1964	1960 bis 1964
bis 1 999	17 655	18 119	19 960	22 053	24 892	102 679
2 000 bis 4 999	16 271	17 189	19 161	19 690	21 996	94 307
5 000 bis 19 999	18 375	18 291	20 733	20 611	24 158	102 168
20 000 bis 49 999	9 944	9 923	10 578	10 312	10 049	50 806
50 000 bis 99 999	5 801	6 460	6 878	5 585	7 240	31 964
100 000 bis 499 999	9 351	8 139	7 931	7 679	8 300	41 400
500 000 oder mehr	5 215	5 655	5 359	3 672	3 585	23 486
Insgesamt	82 612	83 776	90 600	89 602	100 220	446 810

welcher Stand in der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen nunmehr, unter Berücksichtigung regionaler Unterschiede, erreicht ist.

Nord und Süd mit unterschiedlicher Entwicklung

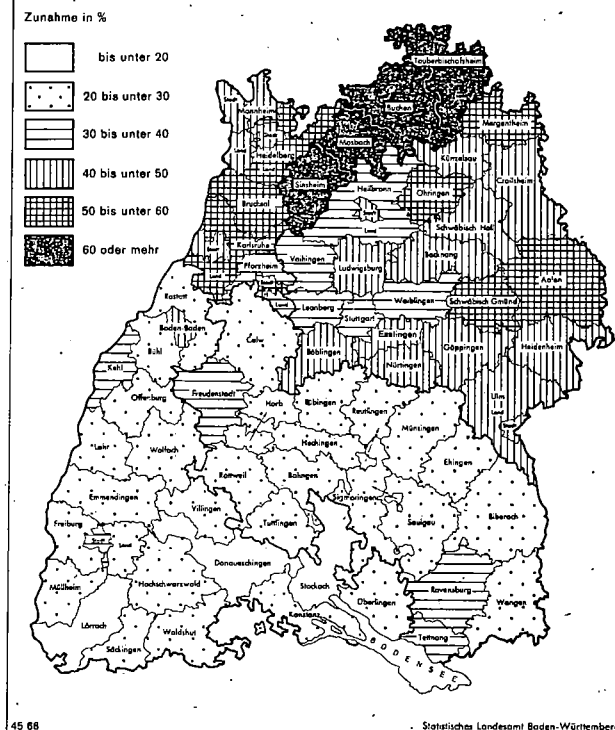
Während des zweiten Weltkriegs mußten insbesondere die größeren Städte in den beiden nördlichen Regierungsbezirken stärkere Kriegsschäden hinnehmen als weite Gebiete Südbadens und Südwürttemberg-Hohenzollerns. Außerdem ergossen sich die Flüchtlingsströme zunächst in die Gebiete der amerikanischen Besatzungszone, insbesondere nach Nordwürttemberg. Hier waren, vor allem in den ländlichen Gebieten, die Kriegszerstörungen nicht ganz so stark wie in Nordbaden. So bot sich bei der ersten Bestandsaufnahme nach dem zweiten Weltkrieg – der Gebäude- und Wohnungszählung 1950 – folgendes Bild: In Nordwürttemberg ergab sich ein Wohnungsverlust gegenüber 1939 von 2,5 %, aber eine um 28 % gestiegene Bevölkerungszahl; in Nordbaden ein Wohnungsverlust von 11 % bei einer um 17 % höheren Zahl der Einwohner. In Südbaden dagegen wurden 1950 um 3,4 % mehr Wohnungen gezählt als 1939; trotzdem war die Zahl der Bewohner nur um 11 % gestiegen. In Südwürttemberg-Hohenzollern betrug der Zuwachs an Wohnungen von 1939 bis 1950 rund 5,7 %, der Anstieg der Wohnbevölkerung 16,2 %. Nach dieser kurzen Skizzierung wird der krasse Unterschied in *Schaubild 5* zwischen den nördlichen und südlichen Regierungsbezirken eher verständlich. Um erträgliche Wohnverhältnisse zu schaffen, mußten in Nordwürttemberg und Nordbaden erheblich größere Anstrengungen gemacht werden als in den südlichen Landesteilen.

Wiederum war es der Regierungsbezirk Nordwürttemberg, der zwischen 1950 und 1964 mit einem Bevölkerungszuwachs von 32 % an der Spitze lag, gefolgt von Südbaden mit 30 %, Südwürttemberg-Hohenzollern mit 26 % und Nordbaden mit 22 %. Der Bevölkerungsentwicklung stand eine Zunahme des Wohnungsbestands von 90 % in Nordwürttemberg, 85 % in Nordbaden, 63 % in Südbaden und 59 % in Südwürttemberg-Hohenzollern gegenüber. Insbesondere die Verschiebung Nordbadens in der Reihenfolge mit seinem unverhältnismäßig hohen Wohnungszugang kommt in *Schaubild 5* deutlich zum Ausdruck. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung erhöhte sich hier der Wohnungsbestand um die Hälfte. Die Kreise Sinsheim, Moshach, Buchen und Tauberbischofsheim treten besonders hervor, weil in den beiden zuletzt genannten Kreisen eine Abnahme der Bevölkerungszahl, in Sinsheim nur eine geringe Zunahme festgestellt wurde. In Moshach trafen eine nicht ganz dem Landesdurchschnitt entsprechende Bevölkerungsentwicklung mit einer überdurchschnittlichen Bautätigkeit zusammen. Die Kreise Nordwürttembergs zeigen weitgehend ein einheitliches Bild. Die Verhältnisse in Stuttgart sowie in den Landkreisen Heilbronn, Vaihingen und Waiblingen waren annähernd gleich wie in den sie umgebenden Gebieten. Für die südlichen Regierungsbezirke wird dagegen in *Schaubild 5* eine sehr stark abgeschwächte Hebung des Wohnungsbestands erkennbar, die aus den bereits geschilderten Umständen resultiert. Baden-Baden und Freiburg im Breisgau in Südbaden sowie die Landkreise Ravensburg und Tettnang in Südwürttemberg-Hohenzollern sind die einzigen Kreise, die sich hinsichtlich der Bautätigkeit von ihrer unmittelbaren Umgebung merklich abheben.

1964 bessere Wohnungsverversorgung als 1939

Es wird deutlich, daß infolge der abnormen Ausgangslage des Jahres 1950 aus dieser Übersicht nicht abgeleitet werden kann, ob und inwieweit die Entwicklung bis 1964 zu einer Normalisierung der Wohnverhältnisse geführt hat. Im *Schaubild auf der Umschlagseite* wird in einem Vergleich des Wohnungsbestandes 1964 mit dem von 1939 aufgezeigt, inwieweit eine Normalisierung der Wohnverhältnisse seit 1939 eingetreten ist, wobei davon ausgegangen wird, daß 1939 ausgeglichene Wohnverhältnisse vorlagen. Die Zahlen für 1939 wurden nach dem Gebietsstand von 1950 zusammengestellt und gelten als

Schaubild 5 Veränderungen des Wohnungsbestands je 10 000 Einwohner von 1950 bis 1964 in %



annähernd vergleichbar mit denen, die nach dem zweiten Weltkrieg ermittelt wurden. Nach dieser Übersicht ist die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen auch gegenüber den Vorkriegsverhältnissen deutlich besser geworden. Bezogen auf je 10 000 Einwohner betrug die Verbesserung im Landesdurchschnitt rund 14 %. Allerdings erscheint die Entwicklung in den württembergischen Landesteilen farbloser als in Nord- und Südbaden. Insbesondere im Ballungsraum Stuttgart ist die Verbesserung der Wohnungsverversorgung nur nach durchschnittlichen Maßstäben erfolgt. Es heben sich Gebiete ab, die sich entweder nach dem zweiten Weltkrieg in besonderer Weise entwickelt haben oder vor dem zweiten Weltkrieg – aus heutiger Sicht – weitgehend als unterentwickelt gelten konnten. In den badischen Landesteilen tritt eine deutliche Verbesserung der Wohnungsverversorgung vor allem in den nördlichen Gebieten, und hier besonders bei den Odenwaldkreisen zutage. Im Süden macht sich beim Landkreis Kehl die außergewöhnliche Entwicklung der Stadt Kehl bemerkbar. Daneben sind es vor allem die Schwarzwaldkreise, die stärker durch eine deutliche Verbesserung der Wohnungsverversorgung hervortreten. Der Landkreis Rastatt dürfte seine Entwicklung der Industrie, Müllheim seinen Bädern zu verdanken haben. Insgesamt gesehen dürfte überall dort, wo die Auflockerung der Wohnverhältnisse gegenüber 1939 weniger als 15 bis 20 % beträgt, nach heutiger Einstellung noch Wohnungsmangel angenommen werden müssen.

Die nachstehende Übersicht soll die Extreme der Entwicklung in den Zeitabschnitten 1939 bis 1950, 1950 bis 1964 und 1939 bis 1964 herausstellen:

Wohnungsverversorgung je 10 000 der Bevölkerung

Zeitraum 1939 bis 1950

1. Geringe Verschlechterung in der Wohnungsverversorgung

Alle Kreise Südbadens und Südwürttemberg-Hohenzollerns mit Ausnahme von Baden-Baden, Freiburg im Breisgau, Tübingen; die günstigsten Kreise: Bühl, Donaueschingen, Emmendingen, Kehl, Stockach, Wolfach.

2. Erhebliche Verschlechterung in der Wohnungsversorgung

Alle Kreise Nordwürttembergs und Nordbadens mit Ausnahme der Landkreise Mannheim und Pforzheim, die aber, absolut gesehen, auf gleicher Höhe wie Baden-Baden, Freiburg im Breisgau und Tübingen liegen;

besonders betroffen: die Städte Heidelberg und Pforzheim, die Landkreise Esslingen und Nürtingen.

Zeitraum 1950 bis 1964

1. Hoher Zugang

Alle Kreise Nordbadens, der Landkreis Pforzheim schwächer Kreis; in Nordwürttemberg außer dem Landkreis Mergentheim nur die industriell orientierten Kreise mit Ausnahme von Stuttgart und Waiblingen; eine Sonderstellung mit sehr schwacher Entwicklung nimmt der Landkreis Leonberg ein.

2. Niedriger Zugang

Die Kreise Südbadens und Südwürttemberg-Hohenzollerns mit Ausnahme von Baden-Baden, Kehl, Freiburg im Breisgau, Rastatt, Balingen, Freudenstadt, Reutlingen und Tettnang; besonders schwach: Donaueschingen, Freiburg-Land, Lörrach, Säckingen und Stöckach.

Zeitraum 1939 bis 1964¹

1. Gute Entwicklung der Wohnungsversorgung

Buchen, Mannheim-Land, Mosbach, Sinsheim, Tauberbischofsheim, Baden-Baden, Bühl, Kehl, Rastatt, Freudenstadt, Rottweil, Sigmaringen und Tettnang.

2. Schwache Entwicklung der Wohnungsversorgung

Esslingen, Künzelsau, Leonberg, Ludwigsburg, Nürtingen und Tübingen.

Dipl.-Volksw. Hans Maier

Die Abwanderung und das Arbeitskräftepotential der Landwirtschaft

Ein Rückblick und Ausblick

Die Arbeitskräfteerhebungen in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben haben in erster Linie das Ziel, die Arbeitsleistungen der Landarbeitkräfte, ihre soziale Stellung, die in den Agrarhaushalten lebenden Menschen und die arbeitswirtschaftliche Verflechtung mit den Wirtschaftszweigen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft zuverlässig zu erfassen. Mit der zunehmenden Schwächung des Arbeitskräftepotentials in der Landwirtschaft ist die aufmerksame Verfolgung vordringlich geworden. Gewöhnlich erblickt man in der Land- und Forstwirtschaft lediglich den Rohstoff- und Nahrungsmittelproduzenten. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der zahlreichen Menschen, die aus mancherlei Gründen von der Landwirtschaft in die gewerbliche Wirtschaft oder in das Dienstleistungsgewerbe usw. strömen, wird oft nicht genügend gewürdigt. Auch heute noch ist der Geburtenüberschuß der Landbevölkerung höher als der der übrigen Bevölkerungskreise. So nahm zwar die landwirtschaftliche Bevölkerung (die sogenannten Berufszugehörigen der Land- und Forstwirtschaft) von 1881 bis 1958 von rund 1,7 Mill. auf knapp 0,9 Mill., bis 1963 auf 805 000, ab. Der effektive Menschenverlust war aber beträchtlich höher. In einem Berufsstand mit anerkannt starkem Geburtenüberschuß wie in der Landwirtschaft (viel mehr Geburten als Sterbefälle in einem bestimmten Zeitraum) kann aber der Bevölkerungsstand nur abnehmen, wenn nicht nur der gesamte Geburtenüberschuß, sondern darüber hinaus auch ein Teil der Stammbevölkerung selbst abwandert. Um also die tatsächliche Abwanderung, das heißt die Abwan-

derung vom landwirtschaftlichen Beruf in einen anderen, zu ermitteln, ist zunächst der Geburtenüberschuß der landwirtschaftlichen Bevölkerung festzustellen. Da die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung nicht nach Berufsabteilungen aufbereitet wird, läßt sich der Geburtenüberschuß der landwirtschaftlichen Bevölkerung nur mittelbar errechnen. Dabei wird gemäß den früheren Untersuchungen des Verfassers¹ der Geburtenüberschuß für die Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern notgedrungen dem der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen gleichgesetzt. Man darf von der Annahme ausgehen, daß die Lebensgewohnheiten der Mitglieder von Landgemeinden, die zum Teil Tür an Tür miteinander wohnen, nach den Berufsabteilungen nicht mehr stark voneinander differieren, so daß man den dabei entstehenden Fehler hinnehmen kann. Es ist einfach unzulässig, den Rückgang der Agrarbevölkerung dem Umfang der Abwanderung gleichzusetzen. Tatsächlich beträgt die Abwanderung in den letzten 85 Jahren nicht 945 000, sondern rund 2,1 Mill. Der echte Substanzverlust des Landbaues in den letzten 30 Jahren (von 1933 bis 1963) betrug allein 829 000 oder rund 28 000 Menschen jährlich. Diese gewaltige Abwanderung aus der Land- und Forstwirtschaft, die in erster Linie der gewerblichen Wirtschaft zugute kam, ermöglichte überhaupt erst die Entwicklung unseres Landes zum zweitgrößten Industrieland der Bundesrepublik.

¹ Vgl. Hermann Wirth: Die Abwanderung aus der Landwirtschaft in Baden-Württemberg, *Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg*, Zweiter Jahrgang, 2. Heft, 1956.

Die Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben (einschl. Haushalt der Betriebsinhaber) Baden-Württemberg¹⁾
(1000 Personen)

Beschäftigtengruppe	Mai 1949		~ Mai 1960 ²⁾		April 1965 ³⁾		Bestandsveränderungen gegenüber			
	insgesamt	darunter männlich	insgesamt	darunter männlich	insgesamt	darunter männlich	1949		1960	
							absolut	%	absolut	%
Hauptberufliche und ständige Arbeitskräfte										
Hauptberufliche Betriebsinhaber	251,4	204,4	165,4 ⁴⁾	139,4 ⁴⁾	142,5	122,8	- 108,9	- 43,3	- 22,9	- 13,8
Ständig mithelfende Familienangehörige	651,1	133,0	392,6	59,4	339,9	46,8	- 311,2	- 47,8	- 52,7	- 13,4
Ständig beschäftigte Familienarbeitskräfte insgesamt	880,4	324,1	567,4	195,7	473,8	153,9	- 406,6	- 46,2	- 93,6	- 16,5
darunter ständig beschäftigte Betriebsinhaber	229,3 ⁴⁾	191,1 ⁴⁾	174,8	136,3	133,9	107,1	- 95,4	- 41,6	- 40,9	- 23,4
Fremdarbeitskräfte	105,6	68,9	46,9	34,6	45,8	31,9	- 59,8	- 56,6	- 1,1	- 2,3
darunter Gesinde	70,3	41,8	19,7	13,3	12,2	7,5	- 58,1	- 82,6	- 7,5	- 38,1
Ständig beschäftigte Arbeitskräfte insgesamt	986,0	393,0	614,3 ⁴⁾	230,3 ⁴⁾	519,6 ⁴⁾	185,8 ⁴⁾	- 466,4	- 47,3	- 94,7	- 15,4
Nebenberufliche und nichtständige Arbeitskräfte										
Nebenberufliche Betriebsinhaber ⁵⁾	140,6	116,8	167,2	139,1	160,3 ⁴⁾	138,1 ⁴⁾	+ 19,7	+ 14,0	- 6,9	- 4,1
Nichtständig mithelfende Familienangehörige	125,3	63,7	152,4 ⁴⁾	76,9 ⁴⁾	173,9 ⁴⁾	90,6 ⁴⁾	+ 48,6	+ 38,8	+ 21,5	+ 14,1
Nichtständig beschäftigte Familienarbeitskräfte insgesamt	270,5	179,2	298,3	210,8	329,2	237,9	+ 58,7	+ 21,7	+ 30,9	+ 10,4
darunter nichtständig beschäftigte Betriebsinhaber	145,2	115,5	145,9 ⁴⁾	133,9 ⁴⁾	155,3 ⁴⁾	147,3 ⁴⁾	+ 10,1	+ 7,0	+ 9,4	+ 6,4

¹⁾ Nur Betriebe ab 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. — ²⁾ Einschließlich solcher, die ihren Betrieb nicht selbst leiten und dort nicht beschäftigt sind. — ³⁾ Regelmäßig oder unregelmäßig Teilbeschäftigte. — ⁴⁾ Geschätzt. — ⁵⁾ Ohne Betriebe unter 50 ha Waldfläche. — ⁶⁾ Einschließlich Betriebe unter 50 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, jedoch ohne Forstbetriebe unter 5 ha Waldfläche, sowie Betriebe ohne landwirtschaftliche Nutzfläche. — ⁷⁾ Einschließlich der Betriebe mit der Hauptproduktionsrichtung (mit Schwerpunkt) Forstwirtschaft auch unter 0,5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.